

Kritik an der Hafen-Machbarkeitsstudie

Bei einem Treffen im Reisholzer Bürgerhaus bemängelten Mitglieder der Bürgerinitiative Hafenalarm das Gutachten. Heute findet ein Termin bei der Bezirksregierung statt. Thema ist der geplante Neubau einer Uferwand.

VON MARIE BOCKHOLT

HOLTHAUSEN/REISHOLZ Bei einer Diskussion im Reisholzer Bürgerhaus haben Mitglieder der Bürgerinitiative Hafenalarm am Dienstagabend deutliche Kritik an der Machbarkeitsstudie zum Ausbau des Reisholzer Hafens geübt. Diese liegt mittlerweile öffentlich vor, dafür hatte sich Hafenalarm bereits im Oktober eingesetzt. Am diesem Donnerstag sind die Bürgerinitiative sowie verschiedene Umweltverbände ab 10 Uhr zu einem sogenannten Scoping-Termin bei der Bezirksregierung eingeladen. Die Hafentwicklungsgesellschaft hatte um diesen Termin gebeten.

Grundsätzlich verfolgt auf der einen Seite die „Hafen Düsseldorf-Reisholz Entwicklungsgesellschaft“ das Ziel, das Areal des Reisholzer Hafens „behutsam zu einem Umschlagplatz“ und einem modernen Binnenhafen auszubauen, wie es in den Unterlagen zum Scoping-Termin heißt. Auf der anderen Seite kämpft seit mehr als zehn Jahren Hafenalarm gegen die Pläne auf dem Holthausener Gebiet. Sie befürchtet, dass der Ausbau des Hafens negative Auswirkungen auf die Natur und die Verkehrsentwicklung im Süden hat. „Wie wir leider festgestellt haben, geht es bei dem Scoping-Termin nicht um die Machbarkeitsstudie, nicht um das Containerterminal, sondern um die Spundwand“, sagte Georg Huff von der Bürgerinitiative am Dienstag.

Für die neue geplante Nutzung des Hafens mit Container-Umschlagplatz muss in dem Gebiet eine Uferwand am Rhein auf einer Länge von etwa 368 Metern ertüchtigt werden. Dafür soll eine neue Spundwandkonstruktion vor die bestehende Uferwand gesetzt werden. „Es entsteht eine abgetreppte Wand. Zwischen neuer und alter Spundwand wird eine Kiesschüttung eingebracht und verdichtet“, so die Erklärung in der Scoping-Vorlage. Für dieses Bauvorhaben



Die Hafen Düsseldorf-Reisholz Entwicklungsgesellschaft will den Ausbau des Gebiets vorantreiben.

FOTO: ANDREAS BRETZ

ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung notwendig. Beim Termin in der Bezirksregierung geht es um eine offizielle Besprechung zu der anstehenden Prüfung.

„Nach Paragraph 15 Absatz 3 des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes kann die Genehmigungsbehörde dem Vorhabenträger, sowie den in ihrem Aufgabenbereich betroffenen Behörden vor der Unterrichtung über den Untersuchungsrahmen Gelegenheit zu einer Besprechung geben“, definiert die Bezirksregierung den Scoping-Termin. Vorhabenträger ist in diesem Fall die Hafengesellschaft. Vereinfacht gesagt wird bei dem Treffen

also nichts verhandelt. Es dient vielmehr der Information und Absprache zur Vorbereitung auf einen Genehmigungsantrag. Die Bezirksregierung berate den Antragsteller zum Beispiel über Art und Umfang der vorzulegenden Unterlagen und über die Umweltauswirkungen seines Vorhabens.

In der Scoping-Vorlage beschreibt die Hafengesellschaft das spätere Untersuchungsgebiet. So soll in einem Radius von etwa 200 Metern um die Uferwand unter anderem untersucht werden, welche Auswirkungen das Vorhaben auf Tiere und Pflanzen, die Landschaft und den Boden hat.

Die Bürgerinitiative hält den Radius des Untersuchungsgebiets allerdings für zu klein. „Das ist eine große Baumaßnahme“, sagte Volker Götz von der Initiative. Der Radius müsse an den jeweiligen Enden der Uferwand neu gesetzt werden. Seine Sorge sei, dass der Rhein durch die Veränderung der Uferwand schneller fließe und die Fischschutzzone beeinflusse. An die bestehende Spundwand grenzt das Landschaftsschutzgebiet Rheinaue an, auf der gegenüberliegenden Seite befindet sich unter anderem das Naturschutzgebiet Zonser Grind. „Unsere größte Sorge ist aber, dass die Spundwand überhaupt erst dafür

INFO

Hafenalarm versendet Machbarkeitsstudie

Machbarkeitsstudie Die Bürgerinitiative Hafenalarm stellt die Machbarkeitsstudie zum Reisholzer Hafen interessierten Bürgern in digitaler Version zur Verfügung. Dafür muss eine Anfrage per E-Mail an hafenalarm-news@posteo.de gesendet werden.

ertüchtigt wird, um das Container-Terminal einzurichten“, sagt Birgit Götz, Sprecherin von Hafenalarm.

Dieses Vorhaben lehnt die Bürgerinitiative seit Jahren ab. Sie befürchtet nach Durchsicht der Machbarkeitsstudie unter anderem mehr Lärm, die Steigerung des Schwerkraftverkehrs im Süden und Beschädigungen der Naturschutzgebiete. „Aus Anwohnersicht nimmt mit den Ausbauplänen zum Hafen die Wohn- und Lebensqualität ab“, sagte Wolfgang Schneider am Dienstag im Reisholzer Bürgerhaus. Er wohnt am Benrather Schloßufer.

„Die Machbarkeitsstudie gibt überhaupt nicht die aktuellen Entwicklungen wieder“, kritisierte Ulla Wietz. Die mehrere Hundert Seiten umfassende Machbarkeitsstudie wurde 2018 in Auftrag gegeben, seit Ende vergangenen Jahres ist sie öffentlich einsehbar. Bestandteil des Gutachtens ist beispielsweise noch der Vorschlag, einen geschützten Radweg im Hafen einzurichten. Diese Pläne sind mittlerweile längst vom Tisch. Die Machbarkeitsstudie sei heute schon überholt, kostenintensive Arbeit sei für die Katz gewesen, sagte Volker Götz von der Bürgerinitiative.

Um noch einmal den Bedarf für einen Hafenausbau zu klären, wurden in der Machbarkeitsstudie bei Unternehmen, Verbänden und Organisationen Aussagen zur Perspektive der Hafententwicklung angefragt.